

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Harald Meußgeier

Abg. Dr. Petra Loibl

Abg. Paul Knoblach

Abg. Rainer Ludwig

Abg. Anna Rasehorn

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Ralf Stadler, Oskar Lipp und Fraktion (AfD)

Schlachthof Kulmbach zum Modellschlachthof ausbauen (Drs. 19/2259)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Erster Redner ist der Abgeordnete Meußgeier. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Harald Meußgeier (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kollegen, liebe Gäste auf der Tribüne! Wir möchten, dass der Schlachthof Kulmbach zu einem Modellschlachthof ausgebaut wird. Mit unserem heutigen Antrag will ich genau das bewirken, was der Ministerpräsident vor der Sommerpause gesagt hat. Wenn man ein guter Parlamentarier werden möchte, muss man sich im Parlament bewähren und sich für eine gute Sache einsetzen. Genau das möchte ich heute mit unserem Antrag versuchen.

Die Schlachthöfe im Freistaat Bayern und speziell in Oberfranken befinden sich in einer schwierigen Lage. Ganz besonders trifft es unsere kleinen und mittleren Betriebe, die Anlaufstellen für unsere Landwirte vor Ort sind. Es wird für sie zunehmend schwerer, sich gegenüber den großen Fleischproduzenten zu behaupten. Zuletzt war es der Schlachthof in Bamberg, der in Insolvenz gehen musste. Mit unserem Antrag wollen wir sowohl das Tierwohl voranbringen, weiterhin für kurze Transportwege sorgen und die Regionalität und die heimische Landwirtschaft stärken als auch den Standort Kulmbach als Schlachtbetrieb dauerhaft sichern und ihn für die Zukunft gut aufstellen.

Konkret fordern wir, dass der Schlachthof Kulmbach zu einem Modellschlachthof mit Lehrauftrag ausgebaut wird. Wir unterstützen die Vision der Bio-Regio-Fleischmanu-

faktur vom "Gläsernen Schlachthof", die im Schlachthof Kulmbach selbst entstanden ist. Man könnte mit einer Markthalle die regionalen Produkte direkt vermarkten; ausreichend Platz dafür wäre vorhanden. Diese Vision könnte bayernweit Vorbild für unsere Schlachthöfe sein. Staatsminister Aiwanger hat sich bereits verbal für den Schlachthof Kulmbach als bioregionale Fleischmanufaktur starkgemacht und Unterstützung zugesagt.

Nun können der Minister und seine Kollegen den Ankündigungen Taten folgen lassen, indem sie unseren Antrag unterstützen. Im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz wurde er am 20.06.2024 mehrheitlich abgelehnt. Ja, Frau Dr. Loibl von der CSU, es ist ein kommunaler Schlachthof, den Sie im Regen stehen lassen wollen. Nach unserem Vorschlag könnte man der Kommune mit Fördermitteln zur Seite stehen. Soweit mir bekannt, wäre selbst der SPD-Bürgermeister nicht mehr abgeneigt und dazu bereit.

Warum ausgerechnet Kulmbach? – Der Kulmbacher Schlachthof genießt einen hervorragenden Ruf unter den Landwirten und Viehhändlern. Seit Jahren ist eine Verbesserung des Tierwohls ein Anliegen des Schlachthofs. Dies führte unter anderem zur eigenständigen Entwicklung einer Heliumbetäubungsanlage, die erheblich zur Stressreduzierung bei den Tieren beiträgt. Sie ist auch wesentlich schonender als die CO₂-Betäubung. In Kulmbach besteht darüber hinaus ein ideales Umfeld für eine regionale Fleischmanufaktur. Die Stadt ist ein echtes Lebensmittelzentrum. Hier ist auch das Max-Rubner-Institut, das Bundesforschungsinstitut für Ernährung und Lebensmittel, angesiedelt. Auch der Campus Kulmbach als Außenstelle der Universität Bayreuth befasst sich mit Lebensmitteln und Ernährung. Eine Zusammenarbeit eines Modellschlachthofs Kulmbach mit diesen Institutionen bietet sich geradezu an, um Fachwissen zu bündeln und Forschung, Theorie und Praxis zusammenzubringen.

Es kann doch nicht angehen, dass sich der Freistaat in einer derart wichtigen Angelegenheit für nicht zuständig erklärt. Fürsprecher finden sich auch in den Reihen der Staatsregierung. Das versteht doch kein Mensch da draußen. Alle wollen regionale

Produkte, regionale Vielfalt, Tierwohl und kurze Transportwege. Mit der Zustimmung zu unserem Antrag können wir diese Themen in die Tat umsetzen im Sinne des Erhalts und der Weiterentwicklung der bayerischen Schlachthöfe, des Tierwohls, der Landwirte, der Metzger, der Verbraucher und der Bürger. Letztendlich wollen wir doch nur das, was alle parteiübergreifend begrüßen. Lasst uns die Vision gemeinsam zur Wirklichkeit machen!

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächste Rednerin ist die Kollegin Dr. Petra Loibl von der CSU-Fraktion.

Dr. Petra Loibl (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Meußgeier, das hatten wir im Umweltausschuss bereits diskutiert: Es ist auch uns ein Anliegen, dass der Schlachthof Kulmbach erhalten bleibt als zentral wichtiger Schlachtort in Oberfranken. Sie können es glauben: Wir prüfen alles, was möglich ist, um diesen Schlachthof zu erhalten.

Sie haben in Ihren Ausführungen zu Ihrem Antrag nicht ihre weitere Forderung an die Staatsregierung erwähnt, für diesen kommunalen Schlachthof ein Förderkonzept zu erstellen und umzusetzen, das alle rechtlichen, technischen und finanziellen Voraussetzungen schafft. Wie Sie wissen, ist ein kommunaler Schlachthof in städtischer Hand. Dadurch steht die kommunale Planungshoheit über allem. Das heißt, die Planung und der Betrieb dieses Schlachthofes stehen in der Zuständigkeit der Stadt Kulmbach. Solange das so ist, können wir Ihrem Antrag nicht zustimmen, weil wir schlichtweg als Freistaat Bayern dieses Förderkonzept nicht erstellen und so umsetzen können, wie Sie das gerne hätten.

Ja, mit der Ressortforschungseinrichtung, dem Max Rubner-Institut, wäre bereits eine gute Einrichtung vorhanden, die dem Bund das Vorhaben ermöglicht. Der Bundeslandwirtschaftsminister war mit der zuständigen Staatssekretärin, einer Tierärztin, die die Strukturen kennt, vor Ort. Entweder könnte der Bund fördern, oder, was ich als

zielführender erachte, die Struktur dieses Schlachthofs könnte geändert werden. Sie könnten Unterstützung bei den Landwirten vor Ort leisten. Ein Zweckverband oder eine Genossenschaft wären zum Beispiel möglich. Dann würden die Fördermöglichkeiten des Freistaats Bayern greifen. Sie wissen, die Marktstrukturförderung ist nur dann möglich, wenn die öffentliche Hand mit nicht mehr als 25 % am Kapital beteiligt ist.

Sie sprechen in Ihrem Antrag auch an, die teilmobile und mobile Schlachtung zu etablieren. Das haben wir bereits. Sie können nachlesen, wie das System funktioniert und angenommen wird. Sie sprechen auch die tierärztliche Ausbildung an. Eine tierärztliche Ausbildung mit 100 Stunden in drei Wochen kann dort mobil gar nicht geleistet werden, wie Sie das in Ihrem Antrag formulieren. So viel kann innerhalb des Rahmens der Ausbildung in drei Wochen nicht geschlachtet werden.

Ich fasse zusammen: Wir lehnen diesen Antrag nicht deshalb ab, weil uns der Schlachthof Kulmbach nicht wichtig wäre – so ist es keineswegs –, sondern wir müssen den Antrag deshalb ablehnen, weil er so gestellt ist, dass der Freistaat Bayern schlichtweg keine Zuständigkeit hat und er dieses Förderkonzept nicht auf den Weg bringen kann.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Abgeordneten Harald Meußgeier von der AfD-Fraktion vor.

Harald Meußgeier (AfD): Sehr geehrte Kollegin Loibl, ich weiß, dass sich bei diesem Schlachthof schon mehrere Politiker die Klinke in die Hand gegeben haben. Alle haben Unterstützung zugesichert. Nie ist jedoch etwas geschehen. Auch von der Bundesregierung ist die Antwort gekommen, dass aktuell für den Schlachthof Kulmbach keine Mittel zur Verfügung gestellt würden und auch nichts unternommen werde. Ich habe in meiner Rede erwähnt, dass der Bürgermeister der Kommune eventuell zu dem Vorhaben bereit wäre. Deswegen habe ich den Antrag auch in der Form gestellt,

dass es sich um ein Modellprojekt handelt, dem man als Staatsregierung, wenn man denn will, auch Unterstützung vonseiten des Freistaats Bayern zukommen lassen könnte. Was sagen Sie dazu?

Dr. Petra Loibl (CSU): Ich habe dazu bereits ausgeführt. Solange Sie in Ihrem Antrag davon schreiben, dass ein Modellprojekt beinhaltet, dass der Freistaat Bayern alles auf den Weg bringt, was rechtlich, technisch und finanziell als Förderkonzept dafür erforderlich ist, kann dem nicht zugestimmt werden, weil es schlichtweg rein rechtlich nicht geht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Martin Wagle
(CSU): Eben!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Der nächste Redner ist der Kollege Paul Knoblach für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Paul Knoblach (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, wertres Präsidium, wertre Kolleginnen und Kollegen! Wie schon von anderen Kollegen ausgeführt, ist dieser Antrag nicht zustimmungsfähig – auch für uns GRÜNE nicht. Ich behaupte: Trotz freundlichen Framings bleibt er Unsinn. Ich möchte Ihnen das begründen.

Sie haben den Antrag gestellt, die Staatsregierung möge den Schlachthof Kulmbach zum Modellschlachthof ausbauen. Es wurde hinlänglich und wird folgend nun auch von mir ausführlich erklärt, dass es rechtlich nicht möglich ist, und zwar selbst dann nicht, wenn die Staatsregierung unbedingt wollte. Meine Vorrednerin hat ausdrücklich gesagt, wo die Zuständigkeiten liegen, nämlich vor allem bei der Stadt Kulmbach selbst.

Da die AfD staatliche Subventionen generell ablehnt, fragt man sich, wie man es werten soll, dass Sie jetzt Staatsgeld fordern. Irgendwie widersprechen Sie sich. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat am 24.01.2024 einen Antrag gestellt, Lehrschlachthöfe einzurichten. Kulmbach war einer der von uns bzw. mir vorgeschlagenen

Standorte, den wir für geeignet gehalten haben. Sie haben diesen Antrag abgelehnt, was Sie aber nicht daran gehindert hat, diesen Antrag zumindest in erheblichen Teilen von unserem damaligen Antrag abzuschreiben. Sie haben dies allerdings fehlerhaft getan. Bei allem Unterschleif hätten Sie vielleicht ein bisschen korrekter zitieren können. Das hätte ich von Ihnen schon erwartet.

Sie haben damals gesagt: Nein, das wollen wir nicht. Nun wollen Sie es aber doch. Was wollen Sie denn überhaupt? Wäre es sinnvoll, darüber hinaus einen "gläsernen Schlachthof" zu betreiben? "Lehrschlachthof" konnten Sie ja nicht mehr schreiben, weil der Begriff von uns schon verwendet wurde. Die GRÜNEN-Fraktion im Kulmbacher Stadtrat hat einen Antrag gestellt, der uns viel besser gefällt und möglicherweise auch Ihnen. Dieser umfasst folgende Punkte: Entwicklung eines zukunftsstragenden Konzepts für den Schlachthof, Prüfung möglicher Änderungen der Unternehmensform, Untersuchung von Finanzierungsmöglichkeiten für Investitionen und Betrieb sowie die Vorlage der Prüfungsergebnisse durch die Stadtverwaltung bis Februar 2025.

Hätten Sie vielleicht das abgeschrieben, wäre das näher an einer Zustimmungsfähigkeit für wen auch immer gewesen, dann wären Sie sachlich geblieben und hätten sich besser präsentiert – zumindest das. Mit dem vorliegenden Antrag werden Sie Ihr Ziel nicht erreichen. Wir werden diesem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Abgeordneten Harald Meußgeier von der AfD-Fraktion vor.

Harald Meußgeier (AfD): Herr Knoblach, ich habe von Ihrem Antrag nicht abgeschrieben, weil ich zum damaligen Zeitpunkt nicht im Landtag war. Ich habe mir Ihren Antrag nicht angeschaut, sondern mein Antrag fußt auf meiner eigenen Idee, den Standort Kulmbach zu besuchen und etwas zu bewirken.

Meine Frage an Sie lautet: Wie stehen Sie zu Ihrer Aussage, die Sie im Ausschuss getätigt haben, dass Sie Ihrer Agenda treu bleiben und generell die Anträge der AfD-Fraktion ablehnen?

Paul Knoblach (GRÜNE): Wir werden unserer Agenda treu bleiben, weil es uns auf Dauer unheimlich schwerfällt, Verfassungsfeindinnen und Verfassungsfeinden zuzustimmen, und zwar innerhalb und auch außerhalb des Plenarsaals.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe der Abgeordneten Matthias Vogler (AfD), Benjamin Nolte (AfD) und Martin Böhm (AfD))

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Der nächste Redner ist der Kollege Rainer Ludwig für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Schlachthof Kulmbach ist einer der letzten kommunal betriebenen Schlachthöfe in Bayern mit derzeit 15 Mitarbeitern. Sein Einzugsgebiet umfasst zwölf Landkreise. Die Nutzer sind allen voran mittlere und kleinere Tierbetriebe. Der Schlachthof wird in der Tat vorbildlich geleitet und arbeitet seit Monaten unter Volllastung, nicht zuletzt wegen der jüngsten Schließungen der benachbarten Schlachthöfe in Coburg, Bamberg und Kronach.

Der Kulmbacher Schlachthof spielt eine entscheidende Rolle für die Erzeugungs-, Verarbeitungs- und Vermarktungsstruktur. Er leistet einen wesentlichen Beitrag zur Daseinsvorsorge und ergänzt Kulmbachs hervorragenden Ruf als landesweit hervorragender Lebensmittelstandort. Das räumlich nahe Max Rubner-Institut nutzt diesen Schlachthof als Forschungsstätte. Die Ansiedlung der bereits genannten VII. Fakultät der Universität Bayreuth – Fakultät für Lebenswissenschaften: Lebensmittel, Ernährung und Gesundheit – und das Kompetenzzentrum für Ernährung, KErn, stärken die Rolle Kulmbachs als Zentrum der Nahrungsmittelindustrie. Ebenso sind dort international führende Unternehmen und Global Player wie RAPS und IREKS zu Hause.

Allerdings ist das jetzige Schlachthofgebäude, das übrigens seit 1975 in Betrieb ist, in die Jahre gekommen. Deshalb bestehen für den Schlachthof bereits seit 2011 fraktionsübergreifend zukunftssträchtige und wettbewerbsfähige Pläne, ihn besser aufzustellen. Seither bemüht sich die Kommunalpolitik geschlossen um die notwendigen gezielten Fördermaßnahmen. Da ist es für mich jetzt schon höchst verwunderlich, fragwürdig und befremdlich zugleich, warum nun gerade die Landtags-AfD ihre Neigung zum Kulmbacher Schlachthof entdeckt und versucht, dieses Thema jetzt für sich zu beanspruchen. Bisher hat Sie das alles überhaupt nicht interessiert, und jetzt spielen Sie sich hier plötzlich als der große Retter auf.

Herr Kollege Meußgeier von der AfD, Sie rühmen sich, dass Sie sich den Schlachthof angeschaut haben. Das haben wir schon lange, lange vor Ihrer Zeit getan. Ich glaube, da haben Sie vom Landtag hier noch nicht einmal geträumt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Meine Damen und Herren, ich darf auch daran erinnern: Bereits 2020 haben wir FREIE WÄHLER einen Dringlichkeitsantrag zu einem Schlachthofkonzept mit regionaler Wertschöpfung gestellt. Ich selbst als Abgeordneter eines betroffenen Stimmkreises habe mich 2021 erstmalig an die bayerische Landwirtschaftsministerin gewandt und habe mich gemeinsam mit kommunalpolitischen Koalitionskollegen für das innovative Modellprojekt einer Biofleischmanufaktur starkgemacht. Die Staatsministerin hat kurze Zeit später Kulmbach besucht und entsprechende Fördermöglichkeiten avisiert, sofern auch der Bund Gelder für das Projekt zur Verfügung stellt. Bis heute blieb das allerdings leider ohne Erfolg.

Als leidenschaftlicher Verfechter meiner lokalen Standortpolitik habe ich deshalb heuer gemeinsam mit unserem Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger einen erneuten Anlauf gestartet. Er und übrigens auch unser Staatssekretär Martin Schöffel haben sich vor Ort von der Leistungstärke des Schlachthofs und der Qualität der installierten, bisher weltweit einzigen Edelgas-Helium-Betäubungsanlage überzeugt, mit der der Schlacht-

prozess für die Tiere deutlich schonender vonstattengeht. Dieser Prototyp untermauert nochmals die Vision einer Bio-Regio-Fleischmanufaktur; denn Regionalität, Transparenz und die enge Anbindung an Forschung und Wissenschaft sind elementare Säulen dieser Idee. Stadt und Landkreis Kulmbach sehen darin deshalb ein zeitgemäßes, zukunftstragendes und krisenfestes Projekt für die Region, das der Wirtschaft, der Landwirtschaft, den Metzgern, den Direktvermarktern, den Endverbrauchern und nicht zuletzt dem Tierwohl nachhaltig zugutekommt. Aktuell werden in Kulmbach verschiedene Szenarien zur Umsetzung geprüft und eine Machbarkeitsstudie entwickelt.

Eines ist aber auch klar: Kulmbach will diesen regionalen Schlachthof be- und diese Strukturen erhalten. Eine mittelgroße Kommune wie Kulmbach kann aber trotzdem ein solches Vorzeigeprojekt mit Kosten in mehrfacher Millionenhöhe nicht alleine stemmen, meine Damen und Herren. Deshalb ist unterstützend, allen voran vom Bund, aber auch vom Freistaat, dringend Hilfe erforderlich. Die unstete Politik der Bundesregierung sorgt hier allerdings für massiv fehlende Planungssicherheit, und so gibt es derzeit, zumindest für Kulmbach, außer viel Lob keine relevante Förderkulisse. Das ist für uns sehr ernüchternd.

Insofern war übrigens auch der Besuch des Bundeslandwirtschaftsministers wirkungslos und leider nur Schall und Rauch. Dafür aber hat Hubert Aiwanger seine Unterstützung bekräftigt

(Widerspruch der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

und hat auch seine Kabinettskollegin Kaniber in deren Zuständigkeit gebeten, Fördermöglichkeiten nochmals sorgfältig zu prüfen oder rechtliche Rahmenbedingungen neu anzupassen, die den Betrieb dieses geplanten modernen und transparenten Schlachthofes erleichtern. Unsere rührige Landwirtschaftsministerin hat signalisiert auszuloten,

(Widerspruch des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

wie man generell mittlere Schlachtunternehmen noch stärker fördern kann und wie sich explizit für Kulmbach mit diversen Optionen, eventuell durch das Max Rubner-Institut als Ressortforschungseinrichtung des Bundes, eine Bio-Regio-Manufaktur mit Direktvermarktung realisieren lässt. Alle kommunalpolitischen Akteure hoffen nun zeitnah auf konstruktive Ergebnisse. Meine Damen und Herren, der Prozess ist im Gange; aber die AfD brauchen wir dazu nicht, und schon gar nicht als Trittbrettfahrer.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Bravo!)

Es bedarf wirklich keiner Aufforderung oder Nachhilfestunden vom rechten Flügel. Wie schon im Ausschuss lehnen wir deshalb diesen reinen Schaufensterantrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bleiben Sie bitte am Rednerpult. Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Meußgeier vor.

Harald Meußgeier (AfD): Danke, Herr Kollege Ludwig, für die Ausführungen. In großen Teilen haben Sie eigentlich meinen Antrag bestätigt. Im Endeffekt werfen Sie mir nämlich vor, dass ich hier einen Schaufensterantrag stelle und auf Ihren Antrag zum Schlachthof Kulmbach aufspringe, den Sie schon seit Jahren vorhaben.

Das ist mein Gebiet. Ich bin im Landwirtschafts- und im Umweltausschuss. Das ist seit einem Jahr meine Aufgabe. Da ich aus Kronach bin und in Kronach auch der Schlachthof geschlossen wurde, ist das für mich ein Thema geworden. Aus diesem Grund habe ich mich auch zum Schlachthof Kulmbach schlaugemacht. Ich habe darum gebeten, hier einmal einen Termin zu bekommen, um mich da drin umzuschauen. Dem wurde stattgegeben. Mir hat der Betreiber des Schlachthofs mitgeteilt, dass schon sehr viele Politiker

(Anna Rasehorn (SPD): Was ist die Frage?)

hier waren, die alle etwas versprochen haben, und nie ist etwas geschehen.

(Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Um was geht es?)

Aus diesem Grund habe ich auch den Antrag gestellt – das nur einmal zur Richtigstellung.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Meußgeier, es ist lobenswert, wenn Sie sich jetzt dafür engagieren; aber ich wiederhole mich, wenn ich sage: Sie sind da sehr spät dran, denn bereits seit dem Jahr 2011 engagieren wir uns für den Schlachthof. Übrigens tun das auch unsere Koalitionspartner sehr eindringlich.

Ich möchte, was die Ablehnung des Antrags betrifft, noch einmal auf die Kollegin Loibl eingehen, die Ihnen das schon signalisiert hat. Ich möchte das noch einmal bekräftigen: Wir lehnen den Antrag nicht deshalb ab, sondern wir stehen zum Standort Kulmbach und wollen den Schlachthof; aber wir brauchen Sie und Ihre Aktivitäten jetzt nicht mehr. Sie sind einfach zu spät dran. Ich sage noch einmal: Es ist ein Schaufensterantrag, und wir lehnen deshalb diesen Antrag einfach ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächste Rednerin ist die Kollegin Anna Rasehorn von der SPD-Fraktion.

Anna Rasehorn (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Der Schlachthof Kulmbach – das haben wir jetzt schon häufig gehört – ist der letzte kommunale und auch der letzte in der Region Oberfranken, der noch von kleinen und mittleren Tierbetrieben genutzt werden kann. Das weiß auch die Stadt Kulmbach, die nämlich – es ist ein kommunaler Betrieb – für den Schlachthof zuständig ist.

Lieber Felix, jetzt kommt die Verfassungsviertelminute. Ich mache es in einer Minute: Die Zuständigkeit regelt nämlich, welche Ebene die jeweilige Aufgabe bzw. Angelegenheit wahrzunehmen hat. Die jeweilige Ebene kann nur innerhalb ihres Kompetenzbereichs tätig werden. Dieser Aufgabe kommt die Stadt Kulmbach

(Zuruf des Abgeordneten Martin Böhm (AfD))

als kommunale Ebene gewissenhaft nach. Auf Antrag der demokratischen Stadtratsfraktionen macht sich nämlich die Stadtverwaltung auf den Weg und legt bis Februar 2025 einen Plan vor – mein Vorredner ist gerade darauf eingegangen –, wie man den Schlachthof als kommunales Unternehmen bestmöglich fortführen und auch weiterentwickeln kann. Das heißt: Die Kommune ist dafür zuständig, und wenn die Stadt Kulmbach sich entschieden hat, wie es weitergeht, dann können die Gelder des Freistaats und des Bundes nach den jeweiligen Förderprogrammen beantragt werden, nicht andersherum und erst dann. Deswegen wünschen wir der Stadt Kulmbach

(Florian Köhler (AfD): Kulmbach war das doch!)

weise Entscheidungen und gute Ergebnisse. Wir finden da bestimmt eine gute Förderung, und deswegen lehnen wir den Antrag ab. Lasst uns bitte abstimmen.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU, FREIE WÄHLER, GRÜNE und SPD. Stimmenthaltungen? – Die liegen nicht vor. Damit ist der Antrag abgelehnt.